

Konzept Unabhängiges Frankfurter Datenschutzbüro

Der Bürgerinitiative **dieDatenschützer** Rhein Main

Stand: Dezember 2019

Beratung:

Derzeit gibt es keine Datenschutzberatung für Bürger in Frankfurt (auch nicht Frankfurt). Der behördliche Datenschutzbeauftragte ist ausgelastet mit der Verwaltung der Stadt und ggf. der Beratung der Bediensteten. Und auch hier ist er eher personell unterbesetzt.

Ein unabhängiges Datenschutzbüro könnte genau diejenige Beratung der Bürgerinnen und Bürger sicher stellen, die in dem Umstellungsjahr auf die DS GVO so schmerzlich gefehlt hat.

Die Büros sollten an unterschiedlichen Standorten in verschiedenen Frankfurter Stadtteilen in ihren Öffnungszeiten verfügbar sein.

- Aldi oder Lidl hat wieder rechtswidrig Taschenkontrollen durchgeführt
- Ein Detektor der Frankfurter Verkehrsüberwachung wurde wieder mit einer Videoüberwachung verwechselt
- Eine Datenschutzhinweise wurde nicht verstanden und kann erläutert werden
- Über eine Beschwerdestelle kann informiert werden
- Risiken einer Technik, wie ein Smartphone, oder WhatsApp können erläutert werden
- Etc.

Schulung:

Systematischer als die Beratung können Angebote der Schulung, ggf. in Kooperation mit der VHS Frankfurt oder dem hiesigen Vereinsring, das Thema den BürgerInnen näher gebracht werden und Unsicherheiten beseitigt werden.

Themen könnten sein:

- Automatischer Übertragung von Verbrauchsdaten im Mietverhältnis
- Welche Daten generiert der Bordcomputer meines Autos und an wen gehen diese Daten?
- Sind meine Daten im Gesundheitswesen noch sicher, wenn man von so vielen Lücken und Hacks hört?
- Wer darf wann meine Kontoinformationen bzw. Kontobewegungen erfahren und wer nicht?

- RMV E-Tickets – personenbezogen oder nicht?
- Etc.

Öffentlichkeitsarbeit:

Weniger im Detail wie bei Schulungen aber dafür mit einer größeren Flächenwirkung sind Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagnen.

Der ganze Bereich des neuen Online-Zugangs-Gesetzes bedarf zusätzlich zu der >Funktionalität<, über die die jeweiligen Behörden aufklären werden, auch Aufklärung zu den >Datenschutz< Implikationen und ggf. Risiken.

Hier greifen die Informationen der Fachbehörden häufig zu kurz oder sie sehen es gar nicht erst als ihre Aufgabe.

Flyer, Plakate, Auftritte in regionalen Rundfunksendungen können hier breiteres Verständnis schaffen.

Beschwerde:

Ein Frankfurter Datenschutzbüro kann und soll keine Beschwerdeinstanz sein, wo es eine solche bereits gibt – hier der Hessische Datenschutzbeauftragte.

Das Büro kann aber kanalisieren, an wen eine Beschwerde zu richten ist. U.U. sind Datenschutzaufsichtsbehörden anderer Bundesländer zuständig oder auch der Bundesbeauftragte. Immer häufiger kann eine Aufsichtsbehörde außerhalb von Deutschland, aber noch innerhalb der EU zuständig sein. Außerdem kann das Büro darüber beraten, ob es sich lohnen kann, sich zunächst an den betrieblichen oder behördlichen Datenschutzbeauftragten zu wenden, ehe man an die Datenschutzaufsicht geht.

So sind z.B. für die AOK-Hessen der Hessische Datenschutzbeauftragte, für die Techniker Krankenkasse der Bundesbeauftragte für den Datenschutz zuständig.

Die frühe Sortierung von Beschwerden und die Adressierung an die richtige Behörde können dort Zusatzaufwände mindern und Reaktionszeiten verkürzen.

Ausstattung:

Zu Beginn sollte das Büro mit 5 Datenschutz-Fachkräften ausgestattet sein und weiteren 2 unterstützenden Kräften.

Es müsste ein zentrales Büro eingerichtet werden. Hinzu kommt die Nutzung von Stadtteilbüros anderer Frankfurter Dienststellen, um eine möglichst flächendeckende Beratungsstruktur im gesamten Stadtgebiet zu gewährleisten.

Das Büro muss unabhängig arbeiten können – d.h. außerhalb einer Weisungsstruktur in der Stadtverwaltung. Da es immer wieder auch Missstände – sowohl bei Unternehmen als auch bei Behörden – im Datenschutz zu beklagen gibt, muss das Büro in der Lage sein, diese auch ohne äußere Einflussnahme zu benennen.

Finanzierung:

Zu Beginn kann man von einem Jahresbudget von 500 T€ ausgehen.

Wegen der Vorsortierung von Beschwerden kann es aber mittelfristig zu Landes- und Bundesmitteln zur Unterstützung kommen. So dass geschätzte 320 T€ auf Dauer von der Stadt alleine zu tragen sind.

Eine Finanzierung aus Spenden der Privatwirtschaft scheidet aus, weil dies mit dem Risiko einer Einflussnahme auf die Tätigkeit des Büros verbunden ist.